

Gewoba bleibt bremisch

Abgeordnete stimmen Bürgerantrag gegen Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft zu

Von unserem Redakteur
Michael Brandt

BREMEN. Die Bürgerschaft hat gestern dem Bürgerantrag gegen den Verkauf der städtischen Gewoba-Abteile zugestimmt. Damit bleibt die Mehrheit der Wohnungsbaugesellschaft in öffentlicher Hand. Bereits im vergangenen November hatte sich der Senat entschieden, die Verkaufsüberlegungen nicht weiter zu verfolgen.

Uta Kummer, baupolitische Sprecherin der SPD, bezeichnete es während der gestrigen Debatte als Premiere, dass das Parlament einem Bürgerantrag folge. „Die Gewoba ist in der öffentlichen Hand schlussendlich besser aufgehoben“, urteilte Kummer. Es sei das Verdienst der Bürger, dass sie die Politik zu einer Entscheidung gedrängt hätten. Ihrer Auffassung nach muss jetzt darauf geachtet werden, dass die erhöhte Gewinnabführung von 13 Prozent für den Wohnungsbestand keine negativen Folgen habe.

Dieter Focke, baupolitischer Sprecher der CDU, machte die Sichtweise des Koalitionspartners deutlich: „Bremen sollte die rentable Gesellschaft behalten.“ Die Gewoba zahle eine gute Dividende, es müsse jetzt aber dafür gesorgt werden, dass sie auch in Zukunft erfolgreich sei. Focke generell: „Wir sind sehr verantwortlich mit der Sache umgegangen.“

Kritik kam allein von Karin Krusche von den Grünen. Sie begrüßte zwar die grundsätzliche Haltung des Parlaments zum Bürgerantrag, schränkte aber ein: „Wenn es nach den Grünen gegangen wäre, hätte es diese Diskussion gar nicht erst gegeben.“ Ursprung sei ein Prüfauftrag im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU, der die halbe Stadt in Aufregung versetzt habe.



Die Mehrheit der Gewoba bleibt nach dem Willen des Parlaments auch künftig in öffentlicher Hand. FOTO: JOCHEN STOSS

Deutlich sprach sich Krusche auch gegen einen möglichen Teilverkauf weiterer Gewoba-Anteile aus. „Kommunale Wohnungsbauunternehmen sind wichtig für eine vitale Stadt.“ Die Gewoba trage mit dazu bei,

dass stabile Nachbarschaften bestehen bleiben. Karin Krusche warnte in diesem Zusammenhang das Parlament davor, Teile der Wohnungsbaugesellschaft an einen internationalen Finanzfonds zu verkaufen.

WK 25.01.06